

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei weitem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2905 und 2906.

Inkraft stehen die abgelaufenen Kompartiments- oder deren Raum 1,20 M., Wortzeilen das Setzdrucke Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen läßt der Zuschlag fort. Insetts für den Sonntagsabend Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um das Arbeiterrecht.

Das Attentat der Berliner Metallindustriellen gegen die Grundrechte der Arbeiterklasse hat mit Recht lebhafteste Empörung bei demjenigen Teil der Arbeiterklasse, dem die Solidarität noch als etwas Heiliges gilt, hervorgerufen. Nur den rechtssozialistischen Führern ist es wiederum vorbehalten, den um ihr Recht kämpfenden Arbeiter in den Rücken zu fallen. Der Kampf um das Koalitionsrecht wird von ihnen tot geredet und tot geschrieben. In einem Aufruf des Vorstandes der Bezirksorganisation Groß-Berlin der U. S. D., der heute früh im „Vorwärts“ erschien, wendet sich dieser „gegen jede Ausdehnung des Kampfes auf die lebenswichtigen Betriebe, sowie auf die übrigen Zweige unserer ohnehin schwergeprüften Wirtschaftslage“, und der Vorsitzende dieser Bezirksorganisation, Herr Franz Krüger, widmet dem Streik in derselben Nummer des „Vorwärts“ einen dreispaltigen Leitartikel, in dem er sich abmüht, diesen Streik als einen politischen hinzustellen. Auch er warnt die Mitglieder seiner Partei vor einer Beteiligung an diesem Streik, der sich nicht zuletzt gegen seine Partei selbst richtet.

Sobiel Worte, sobiel Unwahrheiten. Alles Drumherumreden schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß es sich nicht um einen politischen Streik handelt, sondern einzig und allein darum, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, ihre Vertrauensleute maßregeln zu lassen. Sie wissen, daß, wenn sie dieses ruhig hingehen lassen, der Willkür der Unternehmer wieder Tür und Tor geöffnet sein wird. Und darum sind sie bereit, den härteren Kampf auch noch länger durchzuführen. Natürlich ist die bürgerliche Presse hohlerent über das Verhalten der Rechtssozialisten. Spricht doch schon das „Berliner Tageblatt“ in seiner heutigen Morgenausgabe von einer Wirkungslöslichkeit der Generalstreikparole. Dieses Blatt steht der weiteren Entwicklung des Streiks, da die Mehrheitsfraktion der Sozialdemokratie diesem Zustand durchaus ablehnend gegenübersteht, mit Ruhe entgegen. Auch andere bürgerliche Blätter äußern sich in ähnlichem Sinne. Sie vertrauen ausschließlich auf die Handlangerdienste der Rechtssozialisten.

Sympathieumgebung aus dem Reiche.

Die Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Betriebsräte des Bezirks Halle hat sich mit dem Berliner Metallarbeiterstreik befaßt und folgende Entschlüsse angenommen:

Die am Montag in Halle tagende Konferenz der politischen Vertrauensleute des Bezirks Halle erklärt in dem Vorzeichen des Unerschrockenheits gegen die freisinnigen Berliner Metallarbeiter, die Ausschuss- und Betriebsmitglieder nicht wieder in ihre alten Rechte einzusetzen, einen Angriff auf die Grundrechte der Arbeiterklasse, der sich gegen das gesamte Volkswohl des ganzen Reiches richtet. Die Vertrauensleute des Industriekreises Halle sprechen den freisinnigen Metallarbeitern den besten Willen aus und verpflichten sich, die hallesche Arbeiterklasse aufzuklären über die arbeiterfeindlichen Pläne der Schürmacher. Vor allen Dingen werden sie dahin wirken, daß alle all Selbstmahlungen vorgenommen werden, um den Berliner Genossen das Durchhalten in ihrem schweren Kampfe zu erleichtern. Weiter erklären sich die Vertrauensleute, daß sie auch bereit seien, — wenn es sein muß — alles in den Kampf einzutreten und beizustehen zu dem letzten zu machen.

Die Gefangenenrückkehr.

Berlin, 4. November.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Abtransport der Kriegsgefangenen aus England schreitet planmäßig fort. Bisher sind ca. 285 000 Kriegsgefangene aus englischer Hand heimgekehrt. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß die nach in England befindlichen ca. 68 000 Gefangenen gegen Ende des Monats November dieses Jahres in die Heimat zurückgekehrt sein werden.

Die auf den Azoren interniert gewesenen Deutschen sind seit dem 20. Oktober 1919 mit dem Dampfer „Kohar Hoblen“ auf dem Heimweg begriffen und dürften im Laufe der nächsten Woche in Deutschland eintriften.

Für die Internierten in Spanien ist ein Dampfer gemeldet, auf dem sich diese am 3. November 1919 in Bilbao einschiffen werden.

Die Gefangenen aus Ägypten sind gegenwärtig zum größten Teil mit den beiden Dampfern „Tyrifian Reis“ und „Guljemat“ nach der Heimat unterwegs.

Die Verhandlungen mit England hinsichtlich der praktischen Durchführung des im Prinzip zugesprochenen Abtransportes der Gefangenen aus Indien dauern immer noch fort.

Die Vorbereitungen für den Abtransport der Gefangenen aus Japan hat die Schweizerische Seehandlung in Tokio in die Hand genommen.

Mit dem Abtransport der noch in Rumänien befindlichen Gefangenen kann in nächster Zeit gerichtet werden, während über den Abtransport aus Sibirien und Turkestan gegenwärtig nichts Neues zu berichten ist.

Die neuesten Zeitungsberichte über den angeblich begonnenen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich sind unzutreffend. Die Angehörigen werden dringend gebeten, nur solchen Nachrichten Glauben zu schenken, die amtlich veröffentlicht werden. Es ist selbstverständlich, daß die Öffentlichkeit über jeden Fortschritt auf amtlichem Wege unverzüglich Kenntnis erhält.

Die Verkehrssperre wird keinen Einfluß auf den Heimtransport der Gefangenen haben.

Heimkehr der Sanitätsoldaten aus Frankreich.

Berlin, 5. November.

General Kubant, Vorsitzender der internationalen Waffenstillstandskommission, hat in einer Note an den Präsidenten der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß nach einer Entscheidung des französischen Unterstaatssekretärs für Militärjustiz alle bisher in Frankreich zurückgehaltenen und unentbehrlich gewordenen Sanitätsoldaten in die Heimat entlassen werden sollen, soweit eine derartige Maßnahme vereinbar ist mit dem Gesundheitszustand der deutschen Kriegsgefangenen und den dem genannten Unterstaatssekretär zur Verfügung gestellten Transportmitteln. Die Zahl der einbezüglichen Sanitätsoldaten und der Zeitpunkt ihrer Heimkehrung werden noch bekanntgegeben.

Finnische Abjage an Judenisch.

Helsingfors, 5. November.

Die finnische Regierung hat Judenisch schriftlich mitgeteilt, daß Finnland außerstande ist, militärische Hilfe gegen die Bolschewiki zu gewähren und begründet diese Weigerung mit den begrenzten finanziellen sowie militärischen Hilfsquellen. Weiterhin wird hervorgehoben, daß die Exekutive Finnlands Teilnahme weder offiziell unterstützt noch ökonomische und militärtechnische Hilfe verspricht. Dagegen finden Verhandlungen über eine freiwillige militärische Hilfe von finnischer Seite statt.

Die Russen bereiten einen Mobilisierungsplan für alle „befreiten“ russischen Gebiete vor. Auch alle wehrfähigen Russen aus finnischen Gebiet sollen zwangsweise mobilisiert werden.

Verlauf deutscher Schiffe an Holland unzulässig.

H. N. Paris, 5. November.

Der Oberste alliierte Rat hat Holland mitgeteilt, daß der Rat nach wie vor auf seiner Entscheidung beharre, daß der Verkauf deutscher Schiffe an Holland seit Kriegsausbruch nicht mehr gestattet sei.

Die deutsche Kriegspropaganda.

Es wird heute noch einmal Graf Bernstorff verurteilt, und zwar soll er sich über die deutsche Einwirkung auf die amerikanische Presse und den amerikanischen Film auslassen. Er setzt auseinander, daß die deutsche Propaganda hinter der englischen zurückstand. Bernburg habe zunächst eifrig und nicht ohne Erfolg gearbeitet, sei aber dann drüben mißliebig geworden, weil man ihm nachsagte, daß er die Deutschamerikaner gegen die übrigen Amerikaner aufspiele.

Man geht dann aufs neue zu der Frage über, ob die Wilsonsche Aktion unter englischem Einfluß gestanden habe. Der amüsante Herr Zimmerman hat nämlich diese Meinung in einem amtlichen Schriftstück geäußert und muß nun heute wieder verzweifelte Anstrengungen machen, um sich herauszureden. Er will sich auf Meinungen des Ministers eine neutralen Staates stützen haben; es wird ihm aber von Gothein und Singermer böse angelacht und er gerät immer tiefer in die Patzke. Herr v. Bethmann wird nervös. Um so nervöser, als Genosse Coblen durch Befragten Bernstorffs feststellt, daß das Generalkonsulat in New York in seinen Berichten nach Berlin eine von der Politik stark abweichende Auffassung vertreten hat.

(Eilbotebericht auf der 2. Seite.)

Zur Frage der Internationale.*

Von Sepp Dertter.

In einem Lande, das mitten in der Revolution steht, und das die Periode durchmacht, wo die Reaktion all ihre Kräfte organisiert und zum Teile schon angewendet, um die Revolution vollends niederschlagen, gibt es für eine revolutionäre sozialistische Partei, so wichtig die Frage der Internationale auch ist, doch noch Angelegenheiten, die bedeutend wichtiger sind. Wir erwähnen z. B. notwendig, daß die U. S. D. in den Mittelpunkt all ihrer Diskussionen und Beratungen die Aufrüstung, die Sammlung, die Vorbereitung der Massen stellt, um die Fortführung der sozialistischen Revolution in Deutschland, wenn es notwendig ist, zu erzwingen. Dadurch würde der Internationale und der Weltrevolution ein wesentlicherer Dienst geleistet, als durch den jetzt bis zur Erschöpfung des Gefühles und des Geistes geführten Kampf über die Frage, ob wir nach Genf oder Moskau gehen sollen.

Eine jede Partei muß ihre Handlungen bestimmen lassen von ihren Grundfähen und den dringendsten Erfordernissen des politischen Kampfes. Eine revolutionäre Partei hat in einer revolutionären Epoche alle ihre Handlungen und Entschlüsse einzustellen auf die Fortführung und den Sieg der Revolution. Von diesen Ansätzen aus erscheint mir in der Gegenwart, in der sich die U. S. D. befindet, die Frage der Internationale von minderer Aktualität zu sein. Sie erscheint mir minder aktuell, weil die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder jetzt als erste Pflicht haben, durch revolutionäre sozialistische Taten ein Bekenntnis abzulegen für den Sozialismus. Auf diese Parteien der sozialistischen Tat und des Massenkampfes wird sich die neue sozialistische Internationale fester und unzerbrechbarer ausbauen als auf Programme und Plattformen. Die Zeitpunkte zur Auslösung dieser sozialistischen Taten sind in allen kapitalistisch entwickelten Ländern nahe, weil die Massen von Tag zu Tag klarer erkennen, daß gerade das Verbrechen des Weltkrieges den Kapitalismus reif gemacht hat zum Zusammenbruch, weil durch den Weltkrieg die Klassencheidung noch ausgeprägter wurde, weil die Massen im und am Weltkrieg deutlicher erkannt und erkennen, daß sie die Unterdrückten und Ausgebeuteten sind; eine Erkenntnis, die sich in gesteigertem Klassenkampf ausdrückt. In dieser Zeit, wo in der internationalen Arbeiterbewegung alles im Fluß ist, wo sich eine gewaltige Umgruppierung der Arbeitermassen vollzieht, wo neue Formen des Massenkampfes gesucht und angewandt werden, ist jeder Versuch, eine Internationale auf dem Boden von theoretischen Programmen und Resolutionen zu begründen, verwirrend und verhängnisvoll. Denn auf diese Weise wird nie die Internationale der revolutionären proletarischen Massen begründet, sondern nur die Internationalen verschiedener Gruppen oder Parteirichtungen, die natürlich eine Parodie auf die Internationale sind.

Mit dem Mute, der Eingabe, dem Eifer, der fast zum Selbstmord steigt, Eigenschaften, die uns Deutsche immer auszeichnen, wenn es sich um Nebenwärtliches handelt, wobei man das Hauptwichtige so leicht vergessen kann und vergißt, wird gegenwärtig in unserer Partei gerungen um: Die Genf — die Moskau. Eine recht gewagene Gegenüberstellung. Denn Genf würde Moskau und Moskau Genf nicht ausschließen.

Die zweite Internationale ist tot. Sie ist zugrunde gegangen an der Schwach der Haltung der größeren Anzahl der sozialistischen Parteien zum und im imperialistischen Weltkrieg. Die zweite Internationale wieder zum Leben erwecken zu wollen, hieße, einen Leichnam oedbanisieren. Es wäre abstoßend und ekelhaft. Den Versuch, einen Leichnam zu oedbanisieren, wird keine revolutionäre sozialistische Partei in Genf unternehmen. Die Partei, welche dies versuchte, würde sich durch solchen Versuch schon außerhalb jeder sozialistischen Internationale stellen; denn das Verbrechen wider den Geist des Sozialismus kann weder gerechtfertigt, noch vergeben werden. Das festzustellen: die Erledigung der zweiten Internationale, wäre die Aufgabe der Vertreter der U. S. D. in Genf. Zugleich

*) In Anbetracht der plötzlich veränderten Situation ersehen wir es als ungewöhnlich im einzelnen, wie wir beschäftigt, auf die Artikel des Gen. Schmentl einzugehen. Statt dessen lassen wir den uns soeben zugangenen Bericht des Genossen Dertter folgen, der das Problem der Internationale, in Verbindung mit der gegenwärtigen Situation, klar und klar herausgearbeitet hat.

Hätten sie in Genf die Grundzüge, auf denen allein die neue Internationale sich aufbauen kann, zu vertreten. Diese sind: Befreiung zum rücksichtslosen Klassenkampf; unbedingte Ablehnung eines jeden Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien, Befreiung zur Diktatur des Proletariats und zum Rätesystem für die Zeit der Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Besitz der Privatkapitalisten in den Besitz der Allgemeinheit. Das allein könnten die Aufgaben der Vertreter der U. S. P. D. in Genf sein. Ich kann nicht einsehen, weshalb zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht nach Genf gegangen werden soll.

Die Genossen, welche es verpönten, daß unsere Partei nach Genf gehe, verriethen mit Leidenschaftlichkeit den Gang nach Moskau. Was ist Moskau? Moskau ist gegenwärtig der Vorort der bolschewistischen Internationale, die bis jetzt noch nicht die Internationale der sozialistischen Parteien der revolutionären Tat ist, sondern eine Internationale werden soll, die sich gründet auf das theoretische Programm der sogenannten kommunistischen Partei. Es ist die Internationale einer sozialistischen Gruppe, die sich allerdings auch an die linkssozialistischen Parteien und Organisationen wendet, die auf der Plattform der kommunistischen Internationale stehen. Für die U. S. P. D. wäre der Gang nach Moskau nach allem, was vorausgegangen ist, ein Genossegang. Aber dieses Gefühlsmoment läßt sich nicht in Betracht. Die Frage ist: Steht die U. S. P. D. auf der Plattform der kommunistischen Internationale? Wird diese Frage bejaht, dann gehört allerdings die U. S. P. D. zur Moskauer Internationale, dann hat sie aber auch keine Berechtigung zur Selbstständigkeit mehr, dann hat sie sich auflösen und mit der R. P. D. zu verschmelzen. Ich verneine die gestellte Frage. Die U. S. P. D. steht nicht auf der Plattform der kommunistischen Internationale, weil sie auf dem Boden des marxistischen Sozialismus steht. Sie kann sich also auch nicht der Moskauer kommunistischen Internationale anschließen, wenn sie nicht ihre grundsätzliche Stellungnahme aufgeben will.

Und hier liegt die Gefahr der recht nichtsnützig angeordneten Streitfrage. Die dritte Internationale muß sich gründen auf das Bekenntnis zum rücksichtslosen Klassenkampf, zur Diktatur des Proletariats und auf die revolutionäre sozialistische Tat. Ich wage zu behaupten, daß nicht nur die Kommunisten dieses Bekenntnis und diesen Willen zur Tat haben. Wenn die Moskauer Internationale von den sich ihr anschließenden Parteien und Organisationen verlangt, daß sie auf der Plattform der kommunistischen Internationale stehen, dann schließt sie alle Parteien und Organisationen, die wohl auf dem Boden des revolutionären Sozialismus, aber nicht auf dem des Kommunismus stehen, aus; sie ist nicht die Internationale des sozialistischen Proletariats, sondern die einer Partei, einer Gruppe, einer Sekte. Und nun soll sich die U. S. P. D. dieser kommunistischen Internationale anschließen! Was bedeutet das letzte Ende? Es bedeutet, daß sich die U. S. P. D. als selbstständige Partei aufgibt, ein organisatorisches Anhängsel der R. P. D. wird. Es bedeutet aber noch mehr. Die U. S. P. D. würde auch die Aufgabe preisgeben, Grundstock und Vermittler für eine dritte Internationale zu werden, die erst auf dem Boden des Klassenkampfes, der revolutionären Tat steht, die alle revolutionären sozialistischen Parteien, auch die Kommunisten vereinen kann. Der Anschluß an die Moskauer kommunistische Internationale ist also für die U. S. P. D. die Spaltung, die Selbstauflösung als Partei und die Preisgabe der historischen Mission zur Bildung der über alle Gruppen und Sekten stehenden proletarischen sozialistischen Internationale.

Die Vertreter des Ausschusses an die Moskauer Internationale sprechen natürlich nicht davon, daß diese Internationale die kommunistische ist. Das könnte klärend wirken. Sie mobilisieren auf den Gefühlen herum. Das ist nicht gut. Sie geben sich der Selbsttäuschung hin, denn ich kann

nicht glauben, daß sie die Genossen täuschen wollen, als hätte der Ausschuh der U. S. P. D. an die Moskauer Internationale Sowjetrußland in seinen schweren Kämpfen helfen. (Siehe „Freiheit“ Nr. 53, „Worum wir für Moskau sind“ von Paul Savenk.) Wer von unseren Genossen wollte nicht alles tun, um unseren russischen Genossen Unterstützung zu leisten? Aber wir müssen Sowjetrußland gar nicht, wenn wir aus unklaren Gefühlsregungen heraus, aus der Moskauer Internationale ausschließen, besonders wenn zur Durchführung dieses Ausschlusses Verwirrungen, Erdbeben und Gefahren in unsere Partei getragen werden. Wenn wir, statt unzeitgemäße Fragen mit Hitze zu diskutieren, in der jetzigen Zeit alles daran setzen würden, in Deutschland die Revolution vorwärts zu treiben, die Massen dazu aufzurufen und zu sammeln, würden wir Sowjetrußland bessere Dienste leisten.

Ich fasse daher zusammen: Die Frage der Internationale ist nicht so dringlich, wie sie hingestellt wird. Dringlich ist in der Gegenwart die revolutionäre sozialistische Tat. Sie wächst in allen kapitalistischen Ländern über wirtschaftliche Massenkämpfe zur bewußten sozialistischen Revolution empor. Die revolutionären Massenkämpfe und Taten geben das beste Kriterium ab, welche Parteien die dritte sozialistische Internationale bilden können. Diese dritte sozialistische Internationale muß alle revolutionären proletarischen Parteigruppen umfassen. Sie darf daher nicht die Internationale einer Parteirichtung sein.

Die U. S. P. D. kann sich ohne Aufgabe ihrer sozialistischen Parteigrundlagen nicht der Moskauer kommunistischen Internationale anschließen. Ein Anschluß an die kommunistische Internationale würde nicht Klarheit, Geschlossenheit und Entschlossenheit für die Partei bedeuten, sondern Verwirrung, Erschlaffung und Spaltung. Die U. S. P. D. hat die Aufgabe, die Bildung der dritten Internationale zu propagieren, die auf dem Boden des Klassenkampfes, der Diktatur des Proletariats und der revolutionären Tat steht. Eine solche Internationale wird alle revolutionären sozialistischen Parteirichtungen und Gruppen zusammenfassen können.

Offizielle Stimmungsmache.

Durch die Presse geht eine von den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ verbreitete Notiz, die sich mit den Vorbereitungen für den 7. November befaßt. In dieser Notiz wird mitgeteilt, daß die Reichszentrale der R. P. D. vor einiger Zeit an die einzelnen Organisationen ein Rundschreiben erlassen habe, daß die dritte Internationale beachtliche, am 7. November, am Jahrestag der russischen Revolution, in allen Ländern einen selbständigen Demonstrationsstreik zu veranstalten. Die Reichszentrale sei an die U. S. P. D. herangetreten, ob sie sich an dieser Aktion beteiligen wolle. Die Antwort stehe noch aus. Falls die U. S. P. D. zusage, empfehle die Reichszentrale, nach den örtlichen Verhältnissen die Aktionsgemeinschaft mit der U. S. P. durchzuführen.

Die R. P. D. bemerkt zu diesem angeblichen Rundschreiben, von dessen Existenz uns nichts bekannt ist, daß auch aus diesem Rundschreiben wieder einmal die engen Beziehungen der R. P. D. und der U. S. P. D. ersichtlich seien, gleichzeitig aber auch „das Bestreben der Kommunisten die Rundgebungen der Unabhängigen mit ihrem Geiste zu durchdringen und sie für ihre Ziele zu benutzen“. Diese Behauptungen des offiziellen Neptils sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Es trifft zu, daß die Zentrale der R. P. D. vor etwa drei Wochen an die Parteileitung der U. S. P. D. mit dem Vorschlag herangetreten ist, am 7. November gemeinsame Kundgebungen zu veranstalten. Die Parteileitung hat diesen Vorschlag mit dem Hinweis abgelehnt, daß bereits ein Rundschreiben an die Organisationen abgeschickt worden sei, in der diese aufgefordert wurden, am 9. November, dem Jahrestag der deutschen Revolution, Kundgebungen zu veranstalten. Weitere Verhandlungen und Abmachungen über die Revolutionsfeier haben nicht stattgefunden. Es gehört schon die ganze Unvorsichtigkeit der offiziellen Presseklugs dazu, aus einem Rundschreiben,

in dem ausdrücklich festgesetzt wird, daß eine Antwort der U. S. P. D. noch ausstehe, die Folgerung zu ziehen, daß zwischen der U. S. P. D. und der R. P. D. „enge Beziehungen“ beständen.

Schmarozer der Revolution.

„Für Steuer der Wahrheit“ wird offiziös mitgeteilt, daß der Abhaltung von Revolutionsfeiern am 9. November nur insoweit kleine Einschränkungen auferlegt werden, als dies notwendig sei, um einen würdigen und geordneten Verlauf der Feiern zu gewährleisten. Im Innern Berlins sollen keine Versammlungen abgehalten werden, damit aus der radikalsten Unruhe nicht unheimliche Zwischenfälle hervorgerufen werden könnten. Versammlungen unter freiem Himmel seien zwar genehmigungspflichtig, aber bei Erteilung der Genehmigung solle weitherzig und loyal verfahren werden. Die offiziöse Verlautbarung fährt dann fort:

Anderes liegt es allerdings mit dem 7. November, an dem Versammlungen unter freiem Himmel nicht gestattet werden. Der 7. November ist der Jahrestag der russischen Revolution, und die an ihm geplanten Kundgebungen der R. P. D. sind in ihrer politischen Richtung zur Moskauer Internationale tendierend, haben nichts mit der Revolutionsfeier des deutschen Volkes gemein, sondern charakterisieren sich bei der deutschen politischen Sachlage als eine offene kommunistische Redebühne an die bestehende Ordnung. Diesem Tatbestand wird denn auch die unterschiedliche Behandlung der Feiern vom 7. und 9. November gerecht.

Ist es nicht gerade so, als man der Geist der sozialistengewöhnlichen Zeit nicht nur nicht zu verstehen ist, sondern noch weit überholt wird? Diese Kritik vor der russischen Revolution! Ist es nicht dieselbe Angst, die Bülow vor den russischen Schornsteinen und Berkschöw ein schachtelt? Diese Sorge um die „bestehende Ordnung“! Ist es nicht dieselbe Sorge, die der Radikwäcker von Radwinkeln um den ruhigen Schlaf seiner lieben Mitbürger im Wahn trägt?

Für die revolutionäre Arbeiterkraft bedeutet es nur einen Gewinn, wenn die Herren Sozialisten in der Regierung so offen ihre Säben vor der proletarischen Revolution zur Schau tragen, wenn sie sich so liebend der Erhaltung der „bestehenden Ordnung“, die die Ordnung der Ausbeutung der Arbeiterkraft durch den Kapitalismus ist, annehmen.

Neues vom Werbezwindel.

Die Regierung hat bisher noch nicht die Kraft gefunden, den russischen Werbezwindeln und ihren deutschen Hintermännern entgegen zu treten. Alle Maßnahmen, die sie bisher getroffen hat, waren nur Scheinmaßnahmen. Die Regierung ließ sich von den Berkschöwern regelrecht hinter das Licht führen. Sie laube ihnen aufs Wort, daß ihre Tätigkeit nur harmlose Natur sei, und die Berkschöwern können deshalb ungehindert fortgesetzt werden.

Um nicht durch den direkten Verkehr mit den Werbenden auszufallen, haben die zaristischen Berkschöwern jetzt in Berlin ein Vermittlungsbureau einverrichtet. Die Tätigkeit geht schabendermöhen vor sich: Wünscht ein Werber Nachrichten irgend welcher Art an die Vertreter der zaristischen Armee zu geben, so ruft er Sibirien 1800 an. Dort meldet sich das Bureau. Es ist unter einer Kontonummer. Derselbe berichtet sich täglich um eine Nummer; gestern wurde die Nummer 800 gebraucht. Alle Nachrichten, die eingehen, werden sofort abdruckt und durch die Kurier, Exzellenz Prokofs und Leutnant von Marlow (Pseudonym), beide Mitglieder des Stabes, abgeholt. Nach Prüfung der Nachrichten werden die Antworten darauf wieder im Bureau Alta hinterlegt.

Der Vermittler spielt ein Dr. Wollenberg. Exzellenz Prokofs und Leutnant von Marlow wohnen im Hotel Wison, Zimmer 408 und 410. Einer der hervorragendsten Mitarbeiter und Schieber ist der Stabskapitän Tscherepnissinoff. Der Mann wohnt lange Zeit im Moskauer Hof am Schillbaurbaum und ist einer der berüchtigten Werbeagenten und Materialverfälscher. Er ist seit einiger Zeit vom Moskauer Hof verzogen, weil aber noch täglich seine Post dort ab.

Alte Genossen.

In einem jüngst im Verlag V. Fischer nachfolger, Dittig, erschienenen Buche „Alte Champagne“ (Nr. 330, geb. 3 M.), das allerlei Studien und überwiegend kleinbürgerliche Berliner Erinnerung an enthält, paudert der bekannte Roman, Dichter Max Trepper auch über die sozialistische Zeit. „Alte Genossen“ ist der Titel dieses Kapitels, das mit freundlicher Genehmigung des Autors und seines Verlegers hier wiedergegeben.

Von der Zeit nach Erlaß des Sozialistengesetzes will ich sprechen, nicht als Politiker, denn ich stehe über den Parteien, sondern als Plauderer, der sich gern des Sturm und Drang erinnert. Als junger, temperamentvoller Mann, die Brust angefüllt mit Menschheitsidealen, war ich in die sozialistische Bewegung geraten. Selbst ein Entschlossener, frühzeitig in den Lebenskampf hinausgehenden wurde mir der Uebergang nicht schwer, obwohl schon damals der Zwielichtkreis in mir begann, denn mein Vater war, selbst noch dem Verluste seines Vermögens noch, ein großer Patriot, der uns Kindern frühzeitig den unerschütterlichen Glauben an Gott und die Monarchie förmlich eingepflanzte. Ich hatte schon einige Berliner Romane auch meinen ersten Roman geschrieben, und so wurde ich besonders von den sozialistisch angehauchten Studenten mit offenen Armen empfangen. Mit Paul Singer wurde ich durch Louis Vierck bekannt, den Sohn der ehemaligen berühmten Tragödin Edwina Vierck am Königl. Schauspielschaus, über dessen Verwandtschaft mit gewissen höchsten Kreisen man allerlei mantere, was ich hier lieber unterdrücken möchte. Vierck, der als Kammerverhörer seinen Dienst ausübt hatte, war ein hübscher, hoch- und schlankgewachsener eleganter Mensch mit aristokratischen Mienen, was ihn aber nicht hinderte, mit den Arbeitern in durchaus liebendwüthiger Weise zu verkehren. Er hatte viel Humor, war äußerst lebenslustig und machte alles mit, wobei er aber immer die nötige Reserve bewahrte. Er schrieb seine Briefe stets mit blauer Tinte, woraus die Postkassen einen Hinweis auf sein „blaues Blut“ zu entnehmen glaubten. Manche hielten ihn für einen Streber, der danach trachtete, die Erblichkeits-Lassalle in der Partei angutreten, wozu er aber nicht das Talent „Ich denn er war vor allem gar kein Redner. Dagegen war er in Gesellschaft ein kluger und geist-

voller Plauderer, der stets einen guten Scherz bereit hatte. Durch das hinterlassene Vermögen seiner Mutter in eine unabhängige Lebensstellung gebracht, konnte er sich eine elegante Jungherrnwohnung in der damals noch stillen Großbeerstraße leisten, wo ich ihn öfters besuchte, und wo er mir so manche Auserlesenererung an seine Köche, einst viel unschwarzte Mama zeigte, die er gärtlich geliebt hatte.

Gleich Singer hatte er für bedürftige Genossen stets eine offene Hand, wovon namentlich die ärmeren Studenten ergötzt Gebrauch machten. Als dann, nach Erlaß des Sozialistengesetzes, auch Vierck sein Auswärtigenbesuch erhalten hatte, wurde er von Herrn v. Madai zu einer Unterredung nach dem Polizeipräsidium gebeten. Man wollte die Ausweisungsbefehle wieder zurücknehmen, falls Vierck sich wenigstens der offenen sozialdemokratischen Agitation enthalten und mit seinem Namen nicht zu sehr hervortreten würde. Soweit mir erinnerlich ist, wurde ihm „genau“ auch die Rückkehr in die Staatsforen wieder in Aussicht gestellt, wodurch man ihn vielleicht „sohm“ zu machen veruchte. Auf welchen Einflüsse das zurückzuführen war, will ich unbedeutet lassen. Der Kammerverhörerreferendar a. D. Vierck blieb aber fest. Am Tage seiner Abreise war ich noch bei ihm, vormittags, als er gerade seine Koffer packte. Denn am Abend lief die Post ab, die man ihm gestellt hatte. Er war tiefbewegt, daß er diese heimische Erde, geschnitten mit den silbernen und goldenen Vorbeerkränzen und anderen Heiligthümern seiner Mutter, der Gewalt neigend, verlassen mußte.

Vierck war auch Vorsitzender des Mohren-Klubs, der sich, obwohl nichts Staatsoberbürgerliches in ihm passierte, einer ganz besonderen Aufmerksamkeit der Polizei erfreute. Studenten, Künstler, Kaufleute und intelligente Arbeiter kamen unter harmloser Mäde in einem Vertikalmagazin zusammen, bezwängten sich bei Speise und Trank, besprachen Parteinteressen, studierten sich Moths „Freiheit“ und andere verbotene Schriften zu, veranstalteten Sammlungen, verlauchten Vorträge zu sozialdemokratischen Festen, die irgendwo unter anderer Platte veranstaltete, wurden und trafen zweckdienliche Verbindungen. Das geschah natürlich nach Erlaß des Sozialistengesetzes, wo über jedem „Aktator“ die Ausweisung wie ein Damokleeschwert schwebte. Einen ganz jungen Winter studierte lagte der Mohren-Klub im ersten Sockwerk der Akademischen Bierhalle, und Theodor Müller, der höhere Wirt, der unten auf das Wohl seiner Studenten bedacht war, wählte

hierher mit, was für „gefährliche“ Leute er oben beherrgte. Janden wichtige Beratungen statt, so wurde gewöhnlich auf dem Treppenhof ein Posten aufgestellt, der Scharhild genug hatte, um den „Geheimen“ schon an dem ungeräuschlichen Regenschirm zu erkennen.

Das Spielzeug trieb damals die abendstündigen Wägen, und ich entsinne mich noch ganz genau, was für eine Aufregung entstand, als eines Abends während eines Langträngens, das in einem bekannten Lokal in der Kommandantenstraße abgehalten wurde, das Geräusch plötzlich von Oben zu Oben ging, ein Geheimter habe sich eingeschoben, obwohl man alle Teilnehmer persönlich zu kennen glaubte. Solche Nachrichten wirkten dann förmlich lähmend, denn gewöhnlich waren Vortrüge zu erwarten, die da man nur Genossen unter sich zu sehen glaubte, genau politische Anspickung enthielten, um verstanden zu werden. Das Vernehmen war natürlich gestört, denn man mitterte den Epistel unter den roten Bekannten. Tatsächlich tat sich dann auch später ein Student in bereits höheren Semestern als solches Subjekt ein, puppt, und war ein Mensch, dem man es, weil er den Ausdrücken mit Wiederholungsfragen zu spielen verstand, am allerwenigsten antraut hätte.

In der Regel wurde ober dem Spioniersystem der Polizei ein Schpielchen geschlagen, besonders was die Verbreitung verbotener Schriften betraf. Als Wägen berüchtigt auch die Frau und der Sozialismus“ ebenfalls verboten worden war, wurde es, geübterweise, ohne jede Titelaufschrift im geheimen vertrieben. Wenn man es haben wollte, gab man sich einfach, selbst auf offener Postkarte, ein Rendezvous und das, die Dame im gelben Mantel“ mitzubringen. Das war so unbedenklich wie möglich.

Zahlreich waren die „offenen Klubs“, die man in ganz bekannten Lokalen finden konnte, wie z. B. bei Wägenmann in der Reingerser Straße. In einem kleinen Saalchen, gerichtet im Lokal, saßen harmlose Spielkameraden oder mühsige Gäste, größtenteils junge Männer. Eine Tischgesellschaft nahm von der anderen keine Notiz, und der Abend verlief, der das Lokal betrat, hatte sicher keine Ahnung davon, daß das sozialdemokratische Geföhnen waren, die sich alle kannten. Wenn man sich verständigen wollte, ging man durch das Lokal, nahm sich vor dem betretenden Tisch Platz, oder trat sich an einem gewissen Ort, wo man sich ungenügend unterhalten konnte. Man wollte eben alle Zusammenkünfte vermeiden.

Aufruf der Patriarchen.

Das Wolffsche Bureau verbreitet folgenden Aufruf:
Volksgenossen!

Die ungeheure Not in der Kohlenversorgung und die große Gefahr der Hungersnot in den Städten haben die Reichsregierung gezwungen, den gesamten Personenverkehr auf den Eisenbahnen für vorläufig 11 Tage zu unterbinden und die Verkehrsmittel allein in den Dienst der Kohlen- und Kartoffelbeschaffung zu stellen. Aber diese einschneidende Maßnahme kann nur Erfolg haben, wenn in diesen Tagen zugleich alle Kräfte der Erzeugung und Beförderung von Kohlen und Kartoffeln aufs Höchste angespannt werden. Darum, Bergleute, steigt rücker die Kohlenförderung! Landwirte, liefert Kartoffeln ab! Arbeiter und Unternehmer des Verkehrsgewerbes, sorgt für rascheste Abfuhr Eisenbahnen in Betrieb und Werkstätten, verwende alle Kräfte auf Höchste Leistungsfähigkeit der Eisenbahn. Elf Tage müssen die Kohlen- und Kartoffelzüge ununterbrochen durch das ganze Deutschland rollen. Jeder Zug mehr, der beladen und abgefertigt werden kann, bedeutet einen Schritt zur inneren Festigung und Wohlthat. Hier mitzuhelfen, ist vaterländische Pflicht. Ein Volksgenosse muß dem anderen helfen, und alle müssen für das gesamte Gemeinwohl arbeiten. Wenn sich in diesen elf Tagen unsere Hoffnungen erfüllen, dann können wir dem kommenden Winter mit aller seiner Schrecke und seinen Anforderungen ruhiger entgegensehen als heute.

Berlin, den 4. November 1919.

Obert

Mauer

Reichspräsident.

Reichskanzler.

Ton und Inhalt dieses Aufrufes erinnern an die patriarhalischen Redewendungen, mit denen Wilhelm der Rechte seine Aufrufe an die Arbeiter zu begleiten pflegte. Die Arbeiter werden aufgefordert, ihre Arbeitsleistung aufs Höchste zu steigern. Zur selben Zeit sieht aber die Regierung unstätig zu, wie die Unternehmer den Arbeitern ihre Rechte rauben, wie sie die Arbeiter wieder unter dasselbe Joch zwingen wollen, denen diese vor Jahresfrist entronnen zu sein glaubten. Ein erheblicher Teil der Landwirte übertrifft sich nicht um das Wohl der „Volksgenossen“, sie entziehen sich der Pflicht zur Ablieferung der Produkte und haben nur das eine Bestreben, auf dem Wege des Schleichhandels weit höhere Preise zu erzielen, als ihnen die staatliche Organisation bietet. Die Lebenshaltung wird immer teurer. Das Kapital kann seine Profite unangesehrt steigern, den Arbeitern dagegen wird es verweigert, den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu führen.

Und zu alledem kommt die politische Unterdrückung und Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung durch Verlagerungszustand und Ausnahmezustand, zu denen dieselben Leute, die jetzt die „Volksgenossen“ zur Arbeit aufrufen, ihre Zustimmung und Unterstützung geben. Wir haben darum nur wenig Hoffnung, daß der Aufruf den erwünschten Erfolg haben wird. Solange das Proletariat seine Arbeitskraft nicht in den Dienst einer Wirtschaft einsehen kann, die der Sozialisierung entgegengeführt werden soll, solange Wort und Tat der Herren, die sich jetzt als eine Art Patriarchen aufspielen, im schreienden Gegensatz zueinander stehen, solange werden Aufrufe von dieser Art nicht den erwünschten Erfolg haben.

Untersuchungsausschuß.

Der Sitzungsbericht.

Vorsitzender Abg. Warmuth richtet zunächst einige Fragen an den Grafen Bernstorff.
Vorsitzender Warmuth: Bisher ist die Frage nur wenig berührt worden, wie die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegen Deutschland vergiftet worden ist, und zwar durch die Tätigkeit der Presse und der Films. Ich möchte feststellen, inwieweit die Deutsche Volkspartei bemüht gewesen ist, diesem vergiftenden Einfluß entgegenzuwirken.
Graf Bernstorff: Es ist eine Tatsache, daß infolge der Absperrung Deutschlands sehr große technische Schwierigkeiten bestanden, um unsere Anschauung von der Lage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wir haben an jedem Tage soviel Tele-

gramme bekommen, als technisch möglich war, und sie in die amerikanische Presse gebracht. Die englische Presse war den Amerikanern in der Ursprache zugänglich. Auch dadurch waren wir im Nachteil.

Vorsitzender Warmuth: Von einem amerikanischen Informationsbureau sind dann Meldungen über angebliche deutsche Greuelthaten verbreitet worden. Dagegen mußte eingeschritten werden, um die Wahrheit dieses Redaktionsstabes zu stoppen. Was ist von der Vorhaut doggen geblieben?

Graf Bernstorff: Das amtliche amerikanische Informationsbureau wurde erst nach Ausbruch des Krieges eingerichtet. Wegen der Tendenzmeldungen sind wir in weitestem Maße eingeschritten, aber die englische Propaganda war und durch ihre technischen Leistungen überlegen.

Vorsitzender Warmuth: Ein Einfluß auf die amtliche Berichtserstattung hätte Ihnen wohl zuzuschreiben, ein solcher auf die private war aber wohl ausgeschlossen?

Graf Bernstorff: Ich habe mich persönlich mit diesen Dingen nicht befaßt, um meine amtliche Stellung nicht zu gefährden. Wir hatten aber in New York privatim eine eigene Propagandaktion, die zuerst unter der Leitung von Dernburg und dann unter der der Geheimräte Albert und Schür stand. Dernburg hat zuerst eine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, er hat dann auch öffentlich Reden gehalten. Dadurch ist er bei der amerikanischen Regierung mißliebiger geworden, weil sie glaubte, daß dadurch die Deutschamerikaner gegen die amerikanische Regierung in Bewegung gesetzt werden sollten. Ich konnte in diese Tätigkeit nicht eingreifen, weil ich mich damit in Gegensatz zur amerikanischen Regierung gestellt hätte. Es wurde eine Hilfsgesellschaft gegründet, ein Nachrichtenbureau, und es geschah alles, was möglich war.

Vorsitzender Warmuth: War es nicht unternormlich möglich, Einfluß auszuüben gegen die ungünstigen englischen Pressenachrichten?

Graf Bernstorff stellt fest, daß das Möglichste getan wurde. Auf eine Anfrage Dr. Singheimers über die Haltung der amerikanischen Presse zur Friedensaktion Wilsons erklärt

Graf Bernstorff, daß Wilson widergewählt wurde unter der Parole, daß er das Law von Arago ferngehalten habe. Unter der Oberhäute war verbreitet worden, daß er versuchen würde, den Frieden wieder herzustellen. Fast die gesamte Presse war damals damit einverstanden, daß Wilson diesen Versuch machte, besonders die Staatspresse.

Abg. Dr. Singheimer: Staatssekretär Zimmermann hat hier erklärt, daß die Ansicht, die die Wilsonsche Friedensvermittlung stände unter englischem Einfluß, auch Hindenburg hat sich so geäußert.

Graf Bernstorff: In Amerika herrschte die gerade entgegengesetzte Meinung. Als Wilson mit seiner Friedensaktion hervortrat, behaupteten die Amerikaner, daß sie unter deutschem Einfluß ständen.

Staatssekretär a. D. Zimmermann weist auf den Bericht eines Gelehrten, der eine Unterredung mit einem neutralen Minister hatte. Danach erklärte der Minister, daß der Schritt Wilsons dahin gedeutet werde, daß er den Zwang verfolgt habe, die Zentralmächte im Interesse Englands zur Untertreibung ihrer Bedingungen zu zwingen.

Professor Dietrich Schäfer: In einem Bericht eines englischen Agenten vom Juli oder August 1918 an Grey wird gesagt, daß man in England dafür sorgen müsse, einen neuen „Lusitania“-Fall zu schaffen. Das würde dazu beitragen, die von einer Regierung für Deutschland durchgeführte amerikanische Stimmung in die entgegengesetzte Richtung zu treiben.

Graf Bernstorff: Ich bin fest überzeugt, daß die Engländer seit der „Lusitania“ nichts anderes gemahnt haben, als möglichst bald einen neuen „Lusitania“-Fall. Ihre ganze Politik war ja darauf gerichtet, Amerika in den Krieg hineinzuziehen. Das Hauptziel meiner Politik war, unter allen Umständen Amerika dem Kriege fernzuhalten.

Abg. Oetiker: Staatssekretär Zimmermann beruft sich auf die Unterhaltung eines unserer Gelehrten mit einem neutralen Minister. Dieser Bericht ist aber vom 24. Dezember datiert, während Herr Zimmermann wenigstens früher schon Stellung genommen hat. Ich bitte, diese Differenz aufzuklären.

Staatssekretär Zimmermann: Ich hatte genau dieselben Empfindungen, wie sie jener Minister zum Ausdruck gebracht hatte, bereits früher, ich fand hier nur eine Behauptung meines Urteils. Wann aber soll ich mich darüber geäußert haben? (Vorsitzender Warmuth: Februar 1917.) Das war allerdings erheblich später.

Abg. Oetiker: Die Informationen für die Presse sind bereits vor dem 24. Dezember erfolgt.

Staatssekretär a. D. Zimmermann: Die Aktion Wilsons war damals noch gar nicht erfolgt. Bei der Information der Presse habe ich diejenigen Mittel gewählt, die mir tatächlich richtig erschienen, um sie zu einem Eintritten für unsere Aktion zu veranlassen.

diese zweifelslos Maßregeln, durch die ebenso anständige wie ehrenwerte Männer entrechtet werden sollten und auch wurden.

Händels Oper „Alcina“.

In der Singakademie veranstaltete Georg Giffner eine Aufführung von Ariens und Ordherer'schen aus Händels Oper „Alcina“ mit kleinem Kammerorchester, das er mit viel Umsicht vom Klavier aus leitete. Händel, der eine große Anzahl wertvoller Opern geschrieben hat, wird nur noch bei besonderen Gelegenheiten als Oratorienkomponist gefeiert. Und doch genügt die Ausgrabung dieser wenigen Bruchstücke, um die ganze Stärke von Händels genialer dramatischer Gestaltungskraft und seiner tiefgründigen Charakterisierungskraft der schnell vergehenden Nachwelt ins Gedächtnis zurückzurufen. Erstaunlich, auf welcher Höhe die Oper sich schon bewegte, ehe sie zum bloßen Tongespinnel und zum Reklamympietas einer späteren Epoche herabsank. — Maria Vos-Carlasforti, als Eingebildeten bekannt, aber ebenso außerordentlich bedeutend als dramatischer Sopran, erhöhte den Eindruck, den die Reuebedeutung der Oper auslöste, zu demselben Genuß.

Matinées-Ballus im Staatstheater. Die Antendans des Staatstheaters veranstaltet auf der Bühne des Schauspielhauses einen Ballus von Matinées unter dem Titel „Ballus aus deutschen Festhalten“. Den künstlerischen Vorbereitungen geht in jeder Matinee ein Vortrag voraus. Die erste dieser Matinées findet Sonntag, den 16. November, 11 Uhr vormittags, statt: Bruchstücke epischer Dichtungen des Mittelalters, Minnelieder und moderne Vertonungen mittelalterlicher Texte. Mitwirkende sind u. a. Lia Nosen, Maria Gerhart, Bruno Tuerkemann.

Außerdem beschäftigt die Antendans, an den das nächsten Sonntag zwei weitere Rollen von Matinées zu veranstalten, und zwar Autorenvorträge, bei denen undbelangere wertvolle Werke lebender Dichter den breiteren Kreisen vorgeführt werden sollen, sowie einen Ballus von Vorträgen aus fremden Literaturen.

In der Volkshöhle sind in der Aufführung von Rolf Landwehrs Drama „Predigt in Klauen“ am Sonntag, den 8. Nov., die Hauptrollen besetzt mit den Herren Kahler, Rehling, Herzfeld, Krich und den Damen Weigl, der, Wolff, Mannheim und Elisabeth Regie: Dr. Paul Lehmann, Bühnenbilder: Karl Jakob Gieck, Musik: Heinz Tiefen.

Georg Reide (der Bürgermeister von Berlin) hat ein Lustspiel: „Sie“ vollendet, das von der Direktion Reinhard und Bernauer erworben wurde und im Komödientheater noch im Laufe dieses Monats aufgeführt werden soll.

Abg. Dr. Singheimer: In dem Bericht jenes ausländischen Staatsmannes, auf den Sie sich stützen, heißt es auch: „Vom 29. Dezember. Die amerikanische Note, die heute mittags hier bekannt wurde, hat jenen Sachmann übertrifft. Er bemerkte, er habe nicht soviel von Wilson erwartet. Die Rede der englischen Presse beweise, wie unbedeutend der Schritt des Präsidenten bei den Alliierten empfunden werde. Sie besonders beachtenswert hält Herr... die Erklärung, die Lansing in Ergänzung der Note abgegeben hat. Der betreffende Herr äußerte wörtlich: „Wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten verlassen könnte (Staatssekretär Zimmermann: Dort, dort!) und wenn sie nicht so oft enttäuscht hätten (Zimmermann: Dort, dort!), wäre die Aushierung Lansing's weniger als eine Drohung an die Presse der Alliierten aufzufassen, jedenfalls könnte der Schritt dem Frieden dienen, man müßte zunächst den Erfolg abwarten. Daß die Friedenspartei in Frankreich und England dadurch wesentlich gestärkt würden, unterliegt keinem Zweifel. Die Stimmung in Russland scheint allerdings gegenwärtig sehr freierisch zu sein, aber bei den anormalen und korrupten Zuständen in Russland könne sie schnell umschlagen.“ (Die Sitzung dauert fort.)

Gewerkschaftliches.

Die Holzleger zum Generalstreik.

In der Versammlung der Holzleger und H-ler erklärten gestern Geitner die letzten Vorgänge im Metallarbeiterstreik. Mit dem Generalstreik ist man zu rechnen. Der Ruf nach dem Generalstreik in der Metallindustrie ist nicht ungehört verhallt, eine ungeheure Zahl von Betrieben habe sich im Laufe des Tages zum Streik gemeldet. Mit dem morgigen Tag sei mit einer vollständigen Stilllegung aller Berliner Metallbetriebe zu rechnen. Geitner ist der Ansicht, daß jetzt endlich mit den S. P. D.-Mitgliedern eine reine Schiedung vorgenommen werden muß. Demgegenüber führte Niederliche aus, daß sich bis jetzt die S. P. D.-Mitglieder solidarisch verhalten hätten und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich auch diesmal reslos am Sympathiestreik beteiligen, um gemeinsam die Unternehmungen abzuwehren, wenn auch die Führer der S. P. D. der Arbeiterchaft in den Rücken fallen. Auch das rechtssozialistische Mitglied Kinnh erklärte, dafür zu sorgen, daß sich auch die S. P. D.-Leute reslos dem Generalstreik anschließen.

Mit allen gegen 17 Stimmen erklärte sich die Versammlung mit der Unterstützung der streikenden Kollegen durch den Sympathiestreik einverstanden.

Die Maler und Lackierer zum Streik.

Auch die in der Metallindustrie beschäftigten und streikenden oder ausgesperrten Maler und Lackierer beschäftigten sich gestern nachmittag in einer gut besuchten Versammlung mit der Streikfrage. Dreier berichtete ausführlich über die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium. Die von den Unternehmern vorgeschlagene Eingruppierung in die fünf Klassen löste große Heftigkeit aus. Die Arbeitnehmer stehen auf dem Standpunkt einer einheitlichen Entlohnung nach Klasse I für sämtliche Maler und Lackierer; höchstens einfache Anreicherarbeiten dürfen in Gruppe II eingerechnet werden. Die Unternehmer gaben sich bei den Verhandlungen allerdings große Mühe, die Leistung des Malers und Lackierers möglichst wegwertend zu behandeln. Große Entrüstung verursachte der Auspruch des Direktors Drot, die Arbeiten könnten von jedem Dienstmädchen ausgeführt werden.

Dreier ging dann auf das jüngste durch die Provokation der Unternehmer geschaffene Stadium des Streiks ein und kam zu dem Schluß, daß die Arbeiterschaft jetzt von allen Seiten verlassen sei, sowohl von der Regierung als auch von der alten sozialdemokratischen Partei. Die Ablehnung der Verteilung an der ostpreussischen Konferenz mit der Gewerkschaftskommission durch den Parteivorstand der S. P. D. tief enttäuselte Pluruse hervor.

Nach einer regen Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich auch weiterhin mit den streikenden Kollegen der Metallindustrie solidarisch erklärt und die Verpflichtung ausgesprochen wurde, so lange im Streik zu verharren, bis die Vertrauensleute und Arbeiter reslos mit den alten Mechten wieder eingestellt worden sind.

Streikende Betriebe in Johannisthal. Donnerstag 1 Uhr im „Lustwälder“ gemeinsame Sitzung der Betriebsräte aller Betriebe in Johannisthal.

Buchbinderverband. Donnerstag vormittag 11 Uhr große Versammlungen. Tagesordnung: Stellungnahme zum Generalstreik. Die Bekanntmachung der Lokale findet durch Handzettels statt.

Groß-Berlin.

Eingemeindung von Krankenkassen.

Uns wird geschrieben: Bei dem Stande der Schaffung eines Groß-Berlin erregt es Befremden, daß bislang keine Erörterungen gepflogen sind über die zukünftige Gestaltung des Krankenkassenwesens in diesem neuen Gebilde. Es wäre ein verheißungsvolles Beginnen, etwa die Dinge an sich heran kommen zu lassen, um dann vielleicht in Ueberstürzung unzulängliche Einrichtungen erlösen zu lassen.

Bei der zu erwartenden Verdrückung und Aufhebung der Gemeindegrenzen ergibt sich von selbst der Zwang zur Stellungnahme. Sodann erheischt die auf diesem Gebiete obwaltende Vielgestaltigkeit und Zersplitterung an sich schon längst eine Veränderung und Anpassung an die begründeten Interessen aller Beteiligten. Wenn dabei viel Ueberlebtes und mancher alte Hantel über Bord geworfen wurde, wäre dies nur zu begrüßen. Verkannt soll allerdings nicht werden,

Kurt Eisner — Eine Büste von Karl Liebknecht

Bürgerliche und proletarische Revolution von Friedrich Engels

Revolutions-Nummer der

„Freien Welt“ * Heft 25

